

Perspektiven der bayerischen Landkreise

Jakob Kreidl, Präsident des Bayerischen Landkreistags

Frei gehaltene Rede

Ein herzliches Grüß Gott. Ich begrüße ganz herzlich den Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Gerhard Eck. Lieber Gerhard, herzlich willkommen.

Die Überschrift des heutigen Vormittags lautet „**Perspektiven für die Landkreise nach den Wahlen**“. Wir stehen am Anfang der Legislaturperioden in Bund und Land. Es ist eine bewegte Zeit und auf uns warten große Aufgaben und Herausforderungen. Beispielsweise Asyl, Energiewende, Breitbandausbau und dergleichen mehr. Um so wichtiger ist es, dass wir die Weichen neu stellen, dass wir uns aktiv einbringen.

„Ich will die Heimat als Gegenpol zur Globalisierung stärken. Ich will in Zukunft so viel kommunale Selbstverwaltung wie möglich und so wenig staatliche Reglementierung wie nötig. Ich will, dass sich der neue Heimatminister für eine stabile Einnahmehasis der Kommunen einsetzt und wichtige Querschnittsaufgaben übernimmt.“

Diese drei Aussagen stammen nicht von Eurem Präsidenten, sondern vom **Ministerpräsidenten Horst Seehofer**. Er hat sie bei unserer Jahrestagung in Altötting getan – und jetzt geht es darum, dass diese Aussagen mit Leben erfüllt werden. Wir erwarten, dass geliefert wird und wir freuen uns, dass wir schon erste Signale – hinsichtlich der Ressortzuschnitte – vernehmen konnten. Es sind zwei sog. **Superministerien** gebildet worden. Wir haben jetzt ein neues **Staatsministerium für Finanzen, für Landesentwicklung und für Heimat**, in dem wichtige Aufgaben für die Entwicklung des ländlichen Raums gebündelt werden. Und im **erweiterten Wirtschaftsministerium** ist der gesamte Bereich Energie verortet. Die Bündelung der Energiewende war eine langjährig Forderung, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir erwarten natürlich auch, dass im Zuge der **Subsidiarität** Aufgaben auf die Landkreise und Landratsämter verlagert werden. Wir sind bereit, diese Aufgaben zu übernehmen. Beispiel: **Landesentwicklung**. Unser Kollege Hermann Steinmaßl war der entscheidende Wortführer. Um das Anbindegebot gab es zahlreiche Diskussionen. Wir hoffen, dass wir mit dem nun zuständigen Staatsminister Dr. Markus Söder mehr erreichen. Jetzt werden wir einfordern, dass Aufgaben der höheren Landesplanungsbehörde auf die Landratsämter und damit auf die untere Landesplanungsbehörde verlagert werden. Wir brauchen **mehr Zuständigkeiten** und benötigen **mehr Abwägungsspielraum**.

Was uns wirklich auf den Nägeln brennt, ist, dass die Landratsämter, wenn sie mehr **Aufgaben** übertragen bekommen, so gut wie kein **zusätzliches Personal** erhalten. So kann es nicht weitergehen! Mit der Heimaufsicht, dem Betreuungsgesetz, der Industrieemissionsrichtlinie, den Gutachterausschüssen, der Asylbetreuung haben wir viele zusätzliche Aufgaben, aber kein entsprechendes Personal erhalten. Das können wir aus eigener Kraft nicht mehr schultern, da brauchen wir die **staatliche Unterstützung**. Es kann doch nicht angehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass bei der Umsetzung der EU-Industrieemissionsrichtlinie 50 zusätzliche

Umweltingenieure notwendig wären und wir nur fünf Stellen bewilligt bekommen. Allein dieses Beispiel zeigt, dass hier eine völlige Schieflage entstanden ist.

Ein weiteres Thema: **Breitbandausbau**, Stichwort „schnelles Internet“. Diese Datenautobahn ist gerade für den ländlichen Raum ein wichtiger Standortfaktor. Wo befinden wir uns auf der Datenautobahn? Auf der Einfädelspur oder auf der Standspur? Wir kommen nicht voran, da man schon von einer fast flächendeckenden Versorgung spricht, wenn 1 Megabit pro Sekunde erreicht wird. Das ist aber nicht mehr zeitgemäß, das ist eine viel zu geringe **Übertragungsgeschwindigkeit**. Wir müssen flächendeckend 50 Megabit pro Sekunde erreichen; nur dann können wir im ländlichen Raum die Standortbedingungen so verbessern, dass die Menschen dort bleiben, dass sich Firmen ansiedeln, dass dort Arbeitsplätze entstehen. Hierzu brauchen wir Unterstützung – und das völlig überbürokratisierte Antragsverfahren mit insgesamt 19 Punkten muss endlich weg. Ganze zwei Gemeinden haben bisher einen genehmigten Antrag. Von 500 Mio. Euro, die die Landtagsfraktion bzw. die Staatsregierung für den Ausbau zur Verfügung gestellt hat, sind bisher nur 4 Mio. abgerufen worden. Das **Antragsverfahren** gehört weg – mit der EU muss entsprechend verhandelt werden.

Was muss man für den Bereich Breitband noch tun? Die **Glasfaserstrecken** sind auszubauen, damit eine Leistung von 50 Megabit pro Sekunde flächendeckend erreicht werden kann. Der Staat muss einzelnen Gemeinden beim Ausbau überregionaler Strecken und den entsprechenden Ausschreibungen helfen und die Landkreise vor Ort sollten das Ganze koordinieren.

Ein weiterer Punkt sind natürlich die **Finanzen**. Deshalb ist es auch gut, dass die Themen Heimat und Landesentwicklung dort angesiedelt worden sind, wo das Geld ist. Wir erwarten im Hinblick auf Finanzausstattung und Finanzausgleich, dass der eingeschlagene Weg weitergegangen wird. Ich habe mit dem Finanzminister vereinbart, dass im **Dezember** noch die **Finanzausgleichsverhandlungen** stattfinden, damit die kommunalen Haushalte noch in diesem oder gleich zu Beginn des neuen Jahres verabschiedet werden können. Auf die Äußerung des Finanzministers, dass die **FAG-Mittel** nicht mehr so hoch sein werden, weil die Einnahmen und die Steuerkraft so stark angestiegen seien, habe ich entgegnet, dass die Bezirksumlage und andere Ausgaben angestiegen sind.

Ich werde alles tun, damit wir auch beim **Finanzausgleich** für das Jahr 2014 entscheidende Verbesserungen erreichen. Die **Ausgaben** sind so gestiegen, dass auch die Einnahmen zunehmen müssen. Ich strebe eine weitere Anhebung des Verbundsatzes von 12,75 % an. 0,1 Prozentpunkte bedeutet 28 Mio. mehr für die Kommunen, die dauerhaft gesichert sind und eine stabile Einnahmehasis bieten. Weitere Schwerpunkte werde ich – in Absprache mit dem Finanzausschussvorsitzenden Gebhard Kaiser – beim Straßenausbau, beim Straßenunterhalt, bei der Schülerbeförderung und im kommunalen Hochbau setzen. Ziel ist ein Umlagesatz von 15 %. Dies zur **Einnahmeseite**.

Genauso wichtig ist aber die **Ausgabenseite** und auch hier müssen wir entlastet werden. Mit großem Nachdruck fordere ich das **Bundesleistungsgesetz**. Die Kommunen müssen bei der Eingliederungshilfe unbedingt entlastet werden. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ich habe gehört, dass in den Koalitionsverhandlungen in Berlin die **Drittellösung** in den Koalitionsvertrag fest

geschrieben werden soll. Ein Drittel der Kosten wird dann künftig der Bund übernehmen, ein Drittel das Land und ein Drittel bleibt dann bei uns. Das würde eine ähnliche Entlastung der Landkreise und der Kommunen bringen, wie damals die Grundsicherung für Arbeit in Höhe von 4 Milliarden. Die geplante Drittellösung bedeutet eine weitere Entlastung der deutschen Kommunen um 4 Milliarden, davon 800 Mio. Euro für die bayerischen Kommunen. Das wäre mehr als nur der berühmte Silberstreif am Horizont!

Einen weiteren wichtigen Punkt haben wir schon diskutiert: **Krankenhauswesen** und den **Erhalt kommunaler Krankenhäuser**. Bei den Ausführungen des GKV-Vertreters ist deutlich geworden, dass dieser die Problematik rein betriebswirtschaftlich sieht; andere Gesichtspunkte – wie das Wohl der Patienten – werden außer Acht gelassen. Wir müssen uns auf die Hinterbeine stellen und aufpassen, dass die bewährten Strukturen in Bayern erhalten bleiben. Sicher gibt es einige Häuser, bei denen eine Zusammenlegung sinnvoll wäre; aber im Großen und Ganzen haben wir **bewährte Strukturen**. Die Investitionskostenförderung in Höhe von 500 Millionen muss beibehalten werden. Bei den Finanzausgleichsverhandlungen und bei der Betriebskostenfinanzierung werden wir uns um weitere Entlastungen bemühen.

Lassen Sie mich noch zwei Themen ansprechen: **Energiewende** und **Asylproblematik**.

Bei der **Energiewende** wurde Einiges erreicht, insbesondere hinsichtlich der **Energieerzeugung**. Wer hätte das gedacht, dass ein Drittel des Stroms durch regenerative Energien erzeugt werden kann? Aber es hat auch gravierende Fehlentwicklungen gegeben, vor allem in Bezug auf den **Leitungsausbau**. Zur Koordinierung benötigt man dringend einen **Masterplan für Deutschland und für Bayern**, damit nicht dort Energie erzeugt wird, wo sie weder gebraucht wird noch weitergeleitet werden kann. Hierzu ein krasses Beispiel: Das größte Solarkraftwerk in Deutschland liegt an der Lausitz, wo es keine Leitungen gibt, die die erzeugte Energie abführen können. Es wird noch zehn Jahre dauern, bis in ausgebauten Leitungen die Energie direkt und vollständig beim Verbraucher ankommt. Solche Fehlinvestitionen dürfen künftig nicht mehr passieren! Das muss besser koordiniert werden. Es ist gut, dass jetzt in Bayern alles **in einer Hand** liegt, im Wirtschafts- bzw. Energieministerium.

Masterpläne für die **Energieerzeugung** und -speicherung müssen entwickelt werden. Man darf es nicht bei der Energieerzeugung belassen, ebenso wichtig sind die **Energieeffizienz** und die **Energieeinsparung**. Wir fordern, dass gerade für energetische Gebäudesanierung steuerliche Erleichterungen geschaffen und Abschreibungsmöglichkeiten eingeführt werden. Nur dann wird der private Hauseigentümer das überhaupt finanzieren können.

Zusätzlich muss mehr Energie eingespart und effizienter genutzt werden. Hierzu werden wir unseren Beitrag leisten. Wir wollen uns auch an der **Energieerzeugung** beteiligen, allerdings nicht gegen, sondern mit den Gemeinden. Nur **subsidiär**, weil die Situation vor Ort völlig unterschiedlich ist. Es gibt Gemeindewerke, die gut funktionieren und die den Landkreis nicht benötigen. Es gibt aber andere Regionen, in denen die Gemeinden die Energieerzeugung selbst nicht schultern können und die

Hilfe des Landkreises benötigen. Hierzu müssen wir intensiv mit dem Gemeindegang, der hier eine völlig andere Meinung vertritt, diskutieren.

Ein letzter Punkt: **Asylpolitik**. Dieses Thema wird zu einem immer drängenderen Problem. Es steht für uns außer Zweifel, dass man den Menschen, die zu uns kommen, die ihre Heimat verlassen mussten, weil Leib und Leben bedroht waren, aus rein humanitärer Sicht helfen und dass man ihnen eine menschenwürdige Unterbringung bieten muss. Aber auch hier gilt, das kann man nicht alleine den Landkreisen überlassen. Hier brauchen wir die Unterstützung des Staates. Seit Monaten suchen wir händeringend **dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten**. Das führt jetzt dazu, dass exorbitante Preise bezahlt werden müssen. Ich habe von Beispielen aus der Landeshauptstadt München gehört, dass pro Wohnung und Monat 2.800 Euro bezahlt werden müssen. Außerdem können wir die Unterkünfte nicht aus dem Hut zaubern. Wir haben deshalb ein **Forderungspapier an die Bayerische Staatsregierung** verabschiedet. Die fünf Punkte will ich nochmal kurz zusammenfassen.

Zum einen muss die Zahl der **Erstaufnahmeeinrichtungen** erhöht werden. Wir hatten 1995 noch neun Erstaufnahmeeinrichtungen in Bayern. Diese sind auf zwei zurückgeführt worden. Deshalb müssen die Flüchtlinge über das ganze Land verteilt werden.

Die **bürokratischen Hürden** müssen abgebaut werden, wenn es darum geht, dass z. B. Bundeswehrkasernen, leer stehende Immobilien genutzt werden.

Außerdem sind die **Asylverfahren abzukürzen**. Aktuell dauert es im Schnitt ein Jahr, bis über einen Asylantrag entschieden wird. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist mit ausreichend Personal auszustatten.

Schließlich dürfen die Asylbewerber, die keine Aussicht auf ein **Bleiberecht** haben, nicht über das Land verteilt werden, sondern müssen in den zentralen Einrichtungen bleiben. Zu bedenken ist, dass nur 30 % anerkannt werden. Das heißt, dass 70 % irgendwann wieder in ihre Heimat zurück müssen.

Und schließlich ein fünfter und letzter Punkt: die **Asylbewerber-Sozialarbeit**. Auch hier muss uns der Staat mit Geld und Personal unterstützen. Bis jetzt bestreiten wir dies aus eigenen Mitteln. Außerdem sind wir bereit, diese Aufgabe eigenverantwortlich zu erfüllen, wenn wir das notwendige Geld erhalten. Eine Zwischenschaltung der Wohlfahrtsverbände wäre nicht mehr notwendig.

Vielen herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit und für die Unterstützung. Wir packen gemeinsam an, dann werden wir sicherlich auch die Chancen, die sich uns jetzt bieten, auch gut nutzen können. Dankeschön.